

Anrede,

wenn wir hier heute über die Brennelementesteuer im Deutschen Bundestag debattieren, dann sind die Vorzeichen zunächst einmal erfreulicher, als in vergangener Zeit. Als Sigmar Gabriel als damaliger Umweltminister eine solche Steuer vorgeschlagen hat, wurde ihm noch „reine Ideologie“ und „Ökotalinismus“ aus den Reihen der Union vorgeworfen. Dass die derzeitige Regierungskoalition sich nun im Grundsatz seiner Forderung angeschlossen hat, darf deshalb als Erfolg gewertet werden.

Mir scheint die Debatte aber in der Koalition immer noch ideologisch aufgeladen. Dabei geht es in dieser Frage um einen simplen Sachverhalt.

Derzeit muss der Steuerzahler für den Rückbau kerntechnischer Anlagen, die Sanierung der Endlager, kerntechnische Forschung oder die Sicherung der Castor-Transporte aufkommen. Kosten, die ungefiltert in die Gewinne der Atomkraftwerksbetreiber fließen.

Deshalb führen wir hier eine Diskussion um die Lastenverteilung für die ökologischen Kosten der Atomenergie und um Wettbewerbsgleichheit. Und deshalb ist diese

Brennelementesteuer kein ideologischer Ballast, sondern eine ökonomische und ökologische Notwendigkeit!

Allerdings fehlt der Koalition offenbar die Einsicht, dass die Steuer eine ökologische und ökonomische Notwendigkeit ist. Zu deutlich ist der Zusammenhang, der hier im Kontext von Sparpaket und Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke hergestellt wird.

Die Bundesregierung will angesichts der dramatischen sozialen Schieflage ihres Sparpaketes den Anschein erwecken, die „Großen“ zu schröpfen. In Wahrheit soll jedoch vor allem Akzeptanz für die Laufzeitverlängerung erzeugt werden.

Denn die Atomenergie hat in Deutschland keinen guten Ruf. Die Menschen akzeptieren sie einfach nicht. Das ist, wie der Umweltminister jüngst richtig festgestellt hat, auch nach 40 Jahren so.

Dennoch hat sich die derzeitige Regierungskoalition vorgenommen, gegen den gesellschaftlichen Widerstand, den wir jüngst noch bei einer Menschenkette mit mehr als 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zwischen Krümmel und Brunsbüttel sehen konnten, die Laufzeiten für die 17 deutschen Atomkraftwerke zu verlängern.

Die sachlichen Erwägungen gegen dieses Vorhaben sind in der gestrigen Anhörung des Umweltausschusses deutlich gemacht worden. Es ist auch noch einmal deutlich geworden, dass nicht von einer absolut sicheren Technologie gesprochen werden kann. Das Atomkraftwerk Krümmel (Inbetriebnahme 1983) hat seit 1994 82 sicherheitsrelevante Ereignisse gemeldet, Brunsbüttel (Inbetriebnahme 1976) 80 und Biblis A (Inbetriebnahme 1974) 66.

Auch wenn die Zahl im Jahresdurchschnitt gering erscheint, ist Fakt: die Stillstandszeiten sind in keinem anderen industriellen Bereich so hoch wie in Atomkraftwerken. Und Fakt ist auch, dass sie mit längerer Lebensdauer nicht weniger stör- und verschleißanfällig werden.

Die Brennelementesteuer darf deshalb nicht zum Alibi für eine Laufzeitverlängerung werden. Offensichtlich geht es der Bundesregierung darum, sich nachlassende Sicherheit in den älteren Atomkraftwerken mit dem Geld aus der Brennelementesteuer bezahlen zu lassen. Aber diese Art von Ablasshandel für Biblis A und andere Reaktoren werden wir, werden die Menschen in diesem Land nicht mitmachen!

Es ist deshalb mehr als nur Symbolik, es ist eine fundamentale energiepolitische und gesellschaftspolitische Entschei-

dung, wenn die neue Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zusammen mit anderen Bundesländern im Bundesrat dafür sorgen wird, dass es keine Laufzeitverlängerungen geben wird. Das ist ein Akt der Vernunft.

Und es ist dagegen unvernünftig, wenn die Koalition nun nach Wegen sucht, den Bundesrat auf der Grundlage zweifelhafter Gutachten zu umgehen. Es ist völlig klar, dass sie damit einen neuen politischen und gesellschaftlichen Großkonflikt in dieser Republik mit allen Begleiterscheinungen und Nebenwirkungen in Kauf nimmt. Das zu riskieren ist falsch und überdies fehlkalkuliert. Denn, selbst wenn sie es wollte, fehlte der jetzigen Regierungskoalition die Mehrheit und vor allem die politische Klarheit und Kraft, einen solchen Konflikt durchzustehen.

Deshalb erhalten Sie die Unterstützung meiner Fraktion, wenn Sie eine ernst gemeinte Brennelementesteuer einführen wollen. Aber Sie werden den Widerstand nicht nur der Opposition hier im Haus sondern vor allem in der Republik, in Gorleben, in Lüchow-Dannenberg, in Ahaus, Brunsbüttel und anderswo erleben, wenn sie Ihr Vorhaben mit einer Laufzeitverlängerung koppeln wollen.